

06.10.2022

## Bremer Vertreterversammlung sendet Signal an Minister und Krankenkassen

In einer am 5. Oktober einstimmig verabschiedeten Resolution wendet sich die Vertreterversammlung der KV Bremen an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und den Spitzenverband der Krankenkassen: „Wir wehren uns jetzt, damit die Menschen nicht morgen ohne uns dastehen!“

### Resolution der Vertreterversammlung der KV Bremen am 5. Oktober 2022

Für den Erhalt der guten ambulanten medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung!

Kein Kaputtsparen der Praxen in der Krise - für eine gute Versorgung brauchen wir eine Gegenfinanzierung unserer Personal- und Energiekosten!

Signal an Minister Lauterbach und die Krankenkassen: Wir wehren uns jetzt, damit die Menschen nicht morgen ohne uns dastehen!

Bundesgesundheitsminister Lauterbach legt ein „GKV-Stabilisierungsgesetz“ vor, das Leistungskürzungen bei der Versorgung von Neupatienten in ärztlichen und psychotherapeutischen Praxen vorsieht; die Spitzenverbände der Krankenkassen fordern gar eine gesetzliche Deckelung der Bezahlung unserer Behandlungen auf dem jetzigen Stand für 2023 und 2024 - bei aktuell 10 Prozent Inflation bedeutet das real eine Kürzung der Ausgaben für die ambulante Patientenversorgung um ein Fünftel in den nächsten zwei Jahren. Dabei sollen wir nach Ansicht von Minister und Kassenfunktionären aber weiterhin die gleichen Leistungen für unsere Patienten erbringen und die Digitalisierung des Gesundheitswesens vorantreiben.

Deutschland hat heute ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, in dem alle Menschen stationär und ambulant hoch qualifiziert behandelt werden. Dabei leisten die Praxen der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten den Löwenanteil der Versorgung! Nachdem die Kliniken und die Pflege durch politisches Versagen vielerorts bereits lange tief in der Krise stecken, drohen Bundesregierung und Krankenkassen jetzt auch die noch gut funktionierende ambulante Versorgung an die Wand zu fahren. Dagegen müssen sich die Ärztinnen und Ärzte, die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und unsere Praxisteamer zur Wehr setzen.

Wir fordern einen angemessenen Ausgleich der Inflation, der gestiegenen Energie- und Personalkosten in unseren Praxen!

Durch die extrabudgetäre Bezahlung neuer Patienten konnten zusätzliche Terminkapazitäten aufgebaut werden. Die Streichung dieser Mittel im "GKV-Stabilisierungsgesetz" gefährdet die Versorgung von Neupatienten in allen Bereichen

Unsere Betriebskosten steigen erheblich - werden uns von den Krankenkassen die Mittel real massiv gekürzt, müssen ebenso deutliche Kürzungen unserer Angebote an Patientinnen und Patienten die Folge sein! Das wollen wir nicht - wir wollen weiter für die Menschen da sein.

Unsere Praxen sind Arbeitsplätze für tausende von Menschen. Massive Kürzungen gefährden die Existenz nicht nur von Praxisbesitzern, sondern auch von deren Teams.

Ambulante medizinische und psychotherapeutische Versorgung ist systemrelevant. Wer hier massiv kürzt, riskiert den Fortbestand einer guten Versorgung für alle. Wir setzen uns zur Wehr, um auch in Zukunft für unsere Patientinnen und Patienten da zu sein!